

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)**

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. h.c. Thomas Sattelberger, Katja Suding, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP**  
**– Drucksache 19/22298 –**

#### **Übergangssystem und duale Berufsausbildung erneuern**

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Birke Bull-Bischoff, Dr. Petra Sitte, Doris Achelwilm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**  
**– Drucksache 19/24688 –**

#### **Reform des Übergangssektors von der Schule in die Berufsausbildung**

##### **A. Problem**

Zu Buchstabe a

Rund 30 Prozent der Schulabgänger und Schulabgängerinnen haben den Ausführungen der Fraktion der FDP zufolge im Jahr 2019 nach der Schule keine vollqualifizierende berufliche oder akademische Ausbildung begonnen, sondern seien in das Übergangssystem eingemündet. 530 000 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und rund 50 000 unbesetzte Ausbildungsstellen stünden 255.000 Jugendlichen im Übergangsbereich gegenüber. Insbesondere betreffe dies Jugendliche ohne oder mit niedrigen Schulabschlüssen. Für diesen Teil der Jugendlichen, die als „nicht ausbildungsreif“ eingestuft würden, hätten Übergangsmaßnahmen die Aufgabe, auf die Berufswelt vorzubereiten sowie sie an fehlende schulische Abschlüsse heranzuführen. Das Übergangssystem scheitere jedoch mit dem Ziel, Jugendliche beim Übergang in das Berufsleben zu unterstützen. Gerade einmal rund 50 Prozent der Jugendlichen hätten nach zwei oder mehr Maßnahmen eine vollqualifizierende Ausbildung aufgenommen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion DIE LINKE. kritisiert, dass der Übergangssektor in seiner derzeitigen Form und Ausrichtung zu einem „Verschiebebahnhof und Warteschleife“ für junge Menschen geworden sei. Im Dickicht der Maßnahmen des Übergangsbereichs und seiner Selektionsmechanismen scheiterten junge Menschen an diesen Strukturen, anstatt gezielte Unterstützung zum schnellen Übergang in eine gute und qualitativ hochwertige Berufsausbildung zu erhalten. Es liege hier dringender Reformbedarf vor. Seit fünf Jahren sei es nicht mehr gelungen, den Übergangsbereich weiter einzudämmen. Infolgedessen habe die Zahl der jungen Menschen ohne Berufsausbildung einen neuen Rekordwert erreicht: Laut dem Berufsbildungsbericht 2019 habe die Zahl der 20- bis 34-Jährigen ohne Berufsabschluss im Jahr 2017 die Marke von 2,1 Millionen überschritten. 2014 seien es noch 1,88 Millionen Menschen gewesen.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der FDP fordert die Bundesregierung auf, ggf. gemeinsam mit den Ländern, die Zahl der jungen Menschen ohne berufsqualifizierenden Abschluss drastisch zu reduzieren. In diesem Sinne sei das berufliche Übergangssystem umfassend zu reformieren. In diesem Rahmen solle u. a. das Übergangssystem mittelfristig auf ein Programm reduziert werden – mit einem Titel, einem Zertifikat, einer Dachmarke, einer Finanzierung und einer Evaluierung. Als „prototypischer Pate“ für dieses eine Programm sei die „Einstiegsqualifizierung“ grundlegend weiterzuentwickeln. Ferner sollten die bisher 326 Ausbildungsberufe in der ersten Ausbildungsphase in einige Dutzend artverwandte Ausbildungsfelder zusammengefasst und in der zweiten Ausbildungsphase berufsorientiert spezialisiert werden.

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/22298 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe b

Die Fraktion DIE LINKE. fordert u. a. ebenfalls eine grundlegende, wissenschaftliche Evaluierung des Übergangsbereichs von der Schule in den Beruf. Geteilt wird auch die Forderung nach einer Reduzierung der bisher vielfältigen schulischen und außerbetrieblichen Berufsausbildungsvorbereitungsformate von Bund und Ländern auf wenige nachweislich erfolgreiche Formate. Ferner solle der „BA Kriterienkatalog der Ausbildungsreife“ abgeschafft werden. Insgesamt sei dafür Sorge zu tragen, dass mehr Jugendliche mit sozialen Benachteiligungen und Lernbeeinträchtigungen in die Einstiegsqualifizierung aufgenommen würden. Die durch Bund und Länder finanzierte Berufseinstiegsbegleitung sei stärker flächendeckend zu etablieren, finanziell abzusichern und im Verlauf der Bildungskette durchgängig zu fördern.

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/24688 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Zu den Buchstaben a und b

Annahme eines Antrags oder beider Anträge.

**D. Kosten**

Zu den Buchstaben a und b

Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/22298 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/24688 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2021

**Der Ausschuss für Arbeit und Soziales**

**Dr. Matthias Bartke**  
Vorsitzender

**Albert H. Weiler**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Albert H. Weiler

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/22298** ist in der 215. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. März 2021 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Antrag auf **Drucksache 19/24688** ist in der 215. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. März 2021 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen worden.

### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** sowie der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** haben den Antrag auf Drucksache 19/22298 in ihren Sitzungen am 19. Mai 2021 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung empfohlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/24688 in seiner Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung empfohlen.

### III. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Ein viel zu geringer Anteil der Jugendlichen mündet nach Darstellung der Fraktion der FDP nach Fördermaßnahmen im Übergangsbereich in eine vollqualifizierende Ausbildung. In Deutschland habe sich ein ganzes Konglomerat an Maßnahmen gebildet, die zueinander viele Überlappungen aufwiesen und in sich nur begrenzt konsistent seien. Es entstehe der Eindruck, dass sich Passungsprobleme nicht trotz, sondern wegen der vielen Programme ergäben. Wirkliche Erfolgsbefunde oder eine Wirkungsforschung des Übergangssystems in seinen unterschiedlichen Ausprägungen gebe es hierbei nicht. Mangels valider Zahlen lasse sich der Erfolg der einzelnen Programme und Maßnahmen des Übergangssystems nicht messen, so dass dringender empirischer Reformbedarf bestehe.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion DIE LINKE. kritisiert, dass laut Nationalem Bildungsbericht 2019 ca. 51 Prozent der Schulabgänger und Schulabgängerinnen in eine duale Berufsausbildung eingemündet seien, in das Schulberufssystem ca. 23 Prozent und in den Übergangssektor ca. 26 Prozent. Große Unterschiede zeigten sich im Übergangssektor zwischen den Ländern: eine Streuung von 14 bis 37 Prozent weise auf erhebliche Einmündungsprobleme, vor allem in den westdeutschen Flächenländern hin, die auf wirtschafts- und berufsstrukturelle Unterschiede sowie bildungspolitische Entscheidungen zurückzuführen seien. Im Jahr 2019 seien ca. 510.000 betriebliche Ausbildungsverträge neu abgeschlossen worden, rund 53.000 Ausbildungsstellen seien unbesetzt geblieben; dem stünden ca. 255.000 Jugendlichen im Übergangsbereich gegenüber. Besonders kritisch sei zu sehen, dass junge Menschen

laut Kriterienkatalog der BA als „nicht ausbildungsreif“ deklariert und auf den Übergangsbereich verwiesen würden, auch weil Ausbildungsplätze fehlten. Dieser Kriterienkatalog sei ungeeignet, um Kompetenzentwicklung und Förderbedarfe zu ermitteln, zumal die Anwendung intransparent bleibe und dem Ermessen der Berufsberatung obliege.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat über den Antrag auf Drucksache 19/22298 in seiner 128. Sitzung am 19. Mai 2021 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmhaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 19/24688 ebenfalls in seiner 128. Sitzung am 19. Mai 2021 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmhaltung der Fraktionen AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Berlin, den 19. Mai 2021

**Albert H. Weiler**  
Berichtersteller



